

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit den nötigen Unterhaltungsbeiträgen Leben, Wissen, Kunst...
Redaktion: Gr. Zingststraße 14, 11. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: Gr. Zingststraße 14, Tel. 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Mittwoch den 11. Oktober 1911. 22. Jahrg.

Nr. 236.

Der Bauer hungert.

Von unserer russischen Korrespondenten.
Der Mensch ist ein anpassungsfähiges Tier. Es ist keine noch so schlimmen und fluchwürdigen Zustände, an die er sich nicht gewöhnen könnte. Was kann noch beschämender sein, als wenn wir unsere Brüder und Schwestern vor uns sehen, die in Not und Elend leben, und doch sind wir in Russland gewöhnt, daß wir diese oder jenes Jahr die Hungersnot wiederkehrt und daß diese oder jenes Jahr die Hungersnot wiederkehrt und daß diese oder jenes Jahr die Hungersnot wiederkehrt...
Die Ernte im Jahre 1871, dann 1875, 1880, 1885, 1891, 1897, 1901 und zuletzt 1906. Jetzt häufen sich wiederum die Nachrichten, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß auch dieses Jahr ein Hungersjahr wird. Sie und da ist schon das nächste Jahr ein Hungersjahr und die Bauern erdulden schon die Schrecken des Hungertodes.
Die Ernte im Jahre 1871, dann 1875, 1880, 1885, 1891, 1897, 1901 und zuletzt 1906. Jetzt häufen sich wiederum die Nachrichten, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß auch dieses Jahr ein Hungersjahr wird. Sie und da ist schon das nächste Jahr ein Hungersjahr und die Bauern erdulden schon die Schrecken des Hungertodes.
Die Ernte im Jahre 1871, dann 1875, 1880, 1885, 1891, 1897, 1901 und zuletzt 1906. Jetzt häufen sich wiederum die Nachrichten, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß auch dieses Jahr ein Hungersjahr wird. Sie und da ist schon das nächste Jahr ein Hungersjahr und die Bauern erdulden schon die Schrecken des Hungertodes.
Die Ernte im Jahre 1871, dann 1875, 1880, 1885, 1891, 1897, 1901 und zuletzt 1906. Jetzt häufen sich wiederum die Nachrichten, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß auch dieses Jahr ein Hungersjahr wird. Sie und da ist schon das nächste Jahr ein Hungersjahr und die Bauern erdulden schon die Schrecken des Hungertodes.
Die Ernte im Jahre 1871, dann 1875, 1880, 1885, 1891, 1897, 1901 und zuletzt 1906. Jetzt häufen sich wiederum die Nachrichten, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß auch dieses Jahr ein Hungersjahr wird. Sie und da ist schon das nächste Jahr ein Hungersjahr und die Bauern erdulden schon die Schrecken des Hungertodes.

Unterstützungen erteilen. Zuletzt gab der Gouverneur den väterlichen Rat, die Bauern sollten in diesem Jahre... nicht heiraten, das heißt, sie sollten keine Hochzeiten feiern, um überflüssige Ausgaben zu vermeiden. Bei der Einfahrt in das Dorf Schinskurino wurde der Gouverneur von der Geistlichkeit und von der gesamten erwachsenen Bevölkerung empfangen. Der Geistliche hielt die Begrüßungsrede. Als er von der Bauernnot sprach, fiel die gesamte Menge in die Knie. Es wurde ein lautes Weinen und ein Niesen um Brot hörbar. Der Gouverneur hielt eine Rede, worin er wiederum den Rat gab, keine Hochzeiten zu feiern. Der Geistliche führte seine vom Weinen unterbrochene Rede nicht zu Ende und wies nur auf die kalte Menge hin, indem er sagte: „Dazu habe ich nichts hinzuzufügen.“ Und aus den benachbarten Gouvernements teilt man schon mit, wie die Bauern alles verlassen und in die Städte fliehen, wie die verlassen Kinder vom Hunger geschwollen herumlaufen, wie die Mädchenhändler die Not der Bauern für ihr schmutziges Gewerbe auszunutzen suchen, wie zur Verzweiflung geliebte Eltern zum Selbstmord oder zu anderen Mitteln des Selbstmordes greifen...
Die Not ist groß und ihre Verringerung erfordert bedeutende Geldmittel und viele Menschenkräfte. Es ist außerdem leicht einzusehen, daß die Kräfte der Regierung, wenn sie noch so wohlwollend wäre, nie ausreichen würden, diese Arbeit zu bewältigen. Für eine zweckmäßige Ausgestaltung der Hilfsarbeit sind nicht bürokratisch subalterne und eigennützige Geister notwendig, sondern die aufopfernden Leistungen der Bevölkerung selbst. Aber gerade hierin will die Regierung durchaus nichts wissen. Begnügt man sich mit der Zulassung der Selbsthilfe der Bevölkerung, so bedeutet dies, daß man in die Bauernmasse Hunderte und Tausende von intelligenten und uneigennütigen Menschen hinein wirft, die mit der Hilfeleistung auch den Geist der Auffklärung bringen würden. Wie soll man es so einrichten, daß der Mann oder die Frau, die dem Bauer und seiner Familie Brot und Arzneien bringen, demselben Bauer nichts sagen von den Ursachen seiner Not und von den Mitteln zu ihrer gründlichen Abhilfe? Kann man denn jemand verbieten, auf die Frage zu antworten: wie geht es dem Bauer im Auslande? So viel Volksgenossen gibt es ja gar nicht, daß man die dazu nötige „Überwachung“ organisieren könnte. Von zwei Uebeln wählt man natürlich immer das kleinere. Für die herrschende Klasse wäre es Selbstmord, wenn sie der bäuerlichen Bevölkerung gestatten würde, mit der städtischen Intelligenz in Verbindung zu kommen. Man zieht deshalb den Waffentod der Bauern vor und man unterbindet jeden Verkehr der Bauern mit der hilfsbereiten Intelligenz. Von ihrem Standpunkt aus ist die herrschende Klasse natürlich konsequent, aber wehe dem Lande, das eine solche Regierung hat. Wehe aber auch einer Regierung, die sich nur dadurch erhalten kann, daß sie die Massen in den Hungertod treibt!

Die Zarenmacht in Deutschland.

Heute findet vor dem Obergericht der Anwaltskammer für die Provinz Brandenburg die Verhandlung gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht statt, die vom ersten Zivilsenat des Kammergerichts angeordnet worden ist. Die Vorgeschichte dieses Falles ist bekannt. Im Oktober vorigen Jahres wandte sich der Rechtsanwalt Schötoabe in Berlin an den Justizminister mit dem Antrage, gegen Liebknecht wegen seines Auftretens auf dem Magdeburger Parteitag einzuschreiten. Der Justizminister gab dem Antrag des Denunzianten sofort bereitwillig statt und setzte den behördlichen Apparat in Bewegung, um Liebknecht wegen seines kühnen Auftretens gegen die Zarenmacht an den Tag zu setzen. Im Verlauf von einigen Monaten wurde auf Veranlassung des Justizministers in den entsprechenden Instanzen die Frage erwogen, ob man gegen den Genossen Liebknecht zurecht zu verfahren habe oder strafrechtlich gehen könne. Der Oberstaatsanwalt wie der Oberstaatsanwalt in Rammberg und der Erste Staatsanwalt in Magdeburg fanden keine gesetzliche Handhabe für die strafrechtliche Verfolgung unferer Genossen und entschieden deshalb diese Frage in verneinendem Sinne. Daraufhin richtete der Oberstaatsanwalt am Kammergericht an den Vorstand der Anwaltskammer in Berlin den Antrag, ein ehrengerichtliches Verfahren gegen Liebknecht einzuleiten. Dieser Antrag wurde von den gegen Liebknecht eingeleiteten. Dieser Antrag wurde von den gegen Liebknecht eingeleiteten. Dieser Antrag wurde von den gegen Liebknecht eingeleiteten.

Schäftsordnungs-Kommission abgelehnt. Indessen kann dieser Beschluß, der als Ausfluß niedriger politischer Nachsicht der schwarzblauen Majorität des Abgeordnetenhauses angesehen werden muß, im Plenum nicht aufrecht erhalten werden, da das Zentrum im letzten Augenblick umfiel. Es wurde infolgedessen mit kleiner Majorität der Antrag angenommen, daß das ehrengerichtliche Verfahren während der Dauer der Session eingestellt werde.
Die für heute angelegte Verhandlung bietet dem Genossen Liebknecht endlich Gelegenheit, mit dem Vertreter der Anklagebehörde in dieser Frage die Klänge zu kreuzen. Diese Auseinandersetzung ist für die Öffentlichkeit durchaus erwünscht. Gibt sie ihr doch wieder einmal Gelegenheit, sich eingehender mit den fürchterlichen Zuständen im Zarenreiche zu beschäftigen.

Deutsches Reich.

Sozialdemokratische Interpellationen.
Durch den Abgeordneten Bebel wurden am Dienstag den 10. Oktober namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Interpellationen im Reichstage eingebracht:
1. Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, welches der Stand der Dinge in den Verhandlungen mit Frankreich bezüglich der Marokkofrage ist.
2. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der notorischen Fälschung der neigendsten Lebens- und Futtermittel, die zu einer Katastrophe für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?
3. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von Seiten einer Reihe von Behörden grüßliche Verstoße gegen den klaren Wortlaut des Vereins- und Versammlungsgesetzes für das Deutsche Reich begangen wurden? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem erwähnten Gesetz seitens der Behörden Geltung zu verschaffen?

Der Deutsche Landwirtschaftsrat gegen die Festsitzung der Einfuhrzölle.

Die Kreuzzeitung veröffentlicht eine Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats und des Preussischen Landesökonomik-Kollegiums an den Reichskanzler und den preussischen Landwirtschaftsminister, in der die Forderung ausgesprochen wird, daß die Regierung allen auf die Abänderung des Ausfuhrprämiengesetzes gerichteten Bestrebungen auf das entschiedenste entgegenzutreten sollte. In agrarischer Bescheidenheit haben die Korporationen nur die alten Grundsätze aufgestellt, die allein beweisen, welche Bedeutung die Großgrundbesitzer den Getreideausfuhrprämien als Mittel zur Steigerung der Getreidepreise belegen. Von Interesse sind jene Ausführungen der Eingabe, die den Umfang der Getreideausfuhr auf die Dauer um etwa 12 Tage frühere Ernte zurückführen, um den starken Export als eine „vorläufig sehr bald vorübergehende Erscheinung“ bezeichnen. Aus der Eingabe spricht die Angst, daß das fluchwürdige System der Getreideausfuhrprämien länger beibehalten werden kann, das Volk wird alles aufbieten müssen, um die Festsitzungen der Großgrundbesitzer wahr zu machen.

Die Feinerungsdebatte im bairischen Landtag.

In der Fortsetzung der Feinerungsdebatte ergreift am Dienstag für den durch eine mehrtägige Reise nach Berlin verhinderten Ministerpräsidenten ein Ministerialrat das Wort, um in dessen Namen eine Erklärung abzugeben. Der Ministerpräsident stehe durchaus auf dem Boden der Ausführungen des Ministers des Innern, nur dem Vorschlag des Reichstages und den Reichstagen widmete der leitende Staatsmann Wabersits auch einige wohlwollende Worte gegen die allgemeinen Angriffe. Durch Habitualmittel, Grenzöffnung und Zollbefreiung könnten auch Ministerpräsidenten nicht helfen. Unter großem Beifall der Sozialdemokraten stellte der Redner die Möglichkeit in Aussicht, daß einmal die deutschen Kolonien durch ihre Viehzucht an der deutschen Fleischversorgung mithelfen könnten, die Hauptsache sei, daß die inländische Produktion vermehrt werde. Zum Schluß teilte Redner dem Hause die Hoffnung des Ministerpräsidenten mit, daß die Katastrophe durch die Maßnahmen der Regierung und anderer Kräfte bald vorübergehen wird. Auf lebhaften Zwischenruf der Sozialdemokratie gab der Ministerialrat keine Antwort, sondern setzte sich nieder. Der Präsident merkte nicht einmal, daß der Redner geschlossen hatte. Unter Beifall entstand eine große Pause in den Verhandlungen. Darauf greift der Liberale Haberle in die Regierung heftig an, die ministerielle Erklärung hätte im Volke eine bittere Enttäuschung hervorgerufen. Redner verteidigte den Zwischenruf, auf den man die ganze Schuld jetzt schiebt, die deutsche Landwirtschaft sei nicht imstande, die Bevölkerung zu ernähren. Das beweise der ständige Rückgang der Viehzahl im Verhältnis zur Bevölkerung. Die letzte bairische Viehzählung habe einen Verlust von 200 000 Rindern ergeben. Die Hauptsache sei die Festsetzung der Grenzen. Die Debatte wird noch weiter fortgesetzt.